

Schaft natürlich etwas ganz anderes als die Form, die wir früher gewohnt gewesen sind. Das bedeutet ein Umlernen an vielen Stellen unserer Wirtschaft und auch unseres Bankwesens. Es kostet eben Geld heute, wenn man Geld lange in der Kasse unbe-nutzt hat, viel mehr Geld als früher. Es kostet nämlich hohe Zin-sen. Von daher kann man nur immer wieder appellieren, auch an alle, die zuständig und verantwortlich sind in unserem Lande, mit der Beschaffung von Geld, mit der Planung von Geldausga-ben, hier den tatsächlichen Erfordernissen genau zu entspre-chen.

Praktisch bedeutet das für das Finanzministerium, daß man auf der einen Seite die Ausgaben aus den Ressorts rechtzeitig planen können muß, das heißt, die Anträge müssen existieren, zweitens, daß man aber auf die jeweilige Entwicklung in der Kas-se dynamisch reagieren können muß, und das heißt, daß man ei-ne bestimmte Form von Liquidität haben muß und gleichzeitig doch auch auf dem Kreditmarkt im Sinne von Wertpapieren die optimalen Bedingungen ausnutzen muß. Sie sehen also, daß hier ein Element von Planung und von spontaner Reaktion miteinan-der verbunden ist, das heißt, dynamische Planung. Ich darf diese Stichworte nutzen, um auch auf eine andere Anfrage bzw. Be-merkung des Abgeordneten Vogel zu reagieren. Er hat Bezug ge-nommen auf ein Interview, das ich vor einigen Tagen gegeben habe und in dem ich tatsächlich gesagt habe, und dazu stehe ich, daß der neoliberalistische Ansatz für die wirtschaftliche Ent-wicklung nicht das einzige Kriterium sein kann. Ich habe mich nicht absolut gegen Privatisierung ausgesprochen. Das ist ein-fach falsch. Privatisierung muß zu einem großen Teil gemacht werden, sonst werden wir nicht zu der hinreichenden Dynamik in der Ökonomie kommen. Aber ich glaube auch nicht, daß die absolut freie Marktwirtschaft im Sinne eines absoluten Libera-lismus die Lösung sein kann, weder für unsere wirtschaftlichen noch für die sozialen Bedürfnisse, die jetzt in einem größeren Umfang vor uns stehen.

Ich denke schon, wenn wir etwa an den, wie ich hoffe, doch weitergehenden und sich weiterentwickelnden Handel mit den osteuropäischen Staaten denken, auch mit der Sowjetunion: hier kann man nicht einfach nur von Marktstrukturen im Sinne des Neoliberalismus ausgehen, das wäre eine glatte Illusion. Wenn wir an osteuropäische Zusammenhänge für die Zukunft denken, auch die Einbindung unserer Industriepotentiale, die es geben muß, wenn sie weiterleben sollen, dann wird es nicht nur den rei-nen Neoliberalismus geben können. Hier werden immer Plan-elemente wesentlich mit dabei sein müssen. Und ich denke auch, und auch dies habe ich zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Si-tuation vordenken müssen, die nicht unbedingt eintreten muß, aber die sehr wohl eintreten kann, wo wir nur mit größeren Ar-beitsförderungsmaßnahmen, die dann von der öffentlichen Hand mitgetragen werden, die auf uns zukommenden wirt-schaftlichen und sozialen Probleme bewältigen können. Ich ha-be deshalb gestern auch im Ministerrat beantragt, daß eine Ar-beitsgruppe eingesetzt wird, die sich damit zu befassen hat, wie denn gegebenenfalls größere Arbeitsförderungsmaßnahmen vorbereitet werden können, die dann natürlich in stärkerem Ma-ße von der öffentlichen Hand getragen werden müßten. Insbe-sondere mit stärkeren Investitionsmöglichkeiten in der Infra-struktur, im Verkehrswesen, im Bau, auf der Schiene und bei der Telekommunikation, aber vor allen Dingen im Bauwesen. Ich denke, wir müßten uns auch auf solche Möglichkeiten rechtzei-tig vorbereiten. Wir werden nicht darum herumkommen.

Ich darf schließlich bekanntgeben, daß uns vom Bundesfi-nanzministerium mitgeteilt worden ist, daß der Rahmen für Kre-ditbürgschaften, wie er im Staatsvertrag angegeben worden ist, von 4 Mrd. DM auf 8 Mrd. DM erhöht worden ist.

(Beifall bei der SPD und den Liberalen)

Wir sind natürlich sehr froh über diese Möglichkeit, die einem Teil der auch heute hier genannten Finanzprobleme Rechnung trägt. Wir haben damit die Möglichkeit, als Staat die doppelte Summe an Krediten zu garantieren. Aber dies kann natürlich keine Lösung all der Probleme sein, die auch in meiner Haus-haltsrede genannt worden sind. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Wir kommen nun zum Ressort des Ministers für Abrüstung und Verteidigung. Ich bitte die Abgeordnete Frau Wollenberger von der Fraktion Bündnis 90/Grüne, das Wort zu nehmen.

#### **Frau Wollenberger für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern stand auf der Tagesordnung des Ausschusses für Abrüstung und Ver-teidigung die Erarbeitung einer Stellungnahme zum sogenann-ten Einzelplan 14, d. h. zum Halbjahreshaushaltsplan des Mini-steriums für Abrüstung und Verteidigung. Das Material wurde uns Abgeordneten am Montag, also nur zwei Tage vorher, über-geben. Damit war umfassende Information und Meinungsbil-dung über diesen sehr bedeutungsvollen und sensiblen Bereich völlig unmöglich. Wenn man bedenkt, daß die ersten Vorgaben für diesen Haushaltsteil bereits Mitte Mai erfolgten und Ende Juni das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung eine Planvorgabe an das Finanzministerium übergab, kann man dar-aus nur den Schluß ziehen, daß diese Drucksituation kein Zufall war. Daß uns Parlamentariern nur ein Tag zur Positionsfindung eingeräumt wurde, könnte man als einen Versuch werten, wic-htige Entscheidungen am Parlament vorbei zu fällen und die Ab-geordneten in die Rolle der bloßen Abnicker zu schieben.

Wenn man schon diese Vorgehensweise als unseriös bezeich-nen muß, so trifft das auf den Inhalt des Dokuments auch zu. Da ist aus der Sicht meiner Fraktion einfach skandalös. Ein Ministe-rium, das sich anspruchsvoll Ministerium für Abrüstung und Verteidigung nennt, findet keinen Platz, die notwendigen Auf-wendungen zur Abrüstung und Konversion zu nennen. Einen solchen Kostenpunkt gibt es einfach nicht. Auf eine entspre-chende Rückfrage erteilte Staatssekretär Marcinek vom Mini-sterium für Abrüstung und Verteidigung die sehr schlüssige Auskunft, Finanzminister Romberg hätte eine Einarbeitung die-ses Postens für dieses Jahr als nicht machbar zurückgewiesen und auf den Haushaltsplan für 1991 orientiert.

(Heiterkeit)

Dagegen fand man aber in diesem Plan Platz, eine Milliarde D-Mark für sogenannte militärische Beschaffung unterzubringen. Meine Vorredner haben zu diesem Punkt schon Stellung genom-men, ich will das nicht wiederholen. Inzwischen ist auch die Vor-lage des Ministers für Abrüstung und Verteidigung an das Fi-nanzministerium uns zugegangen, die von Rainer Eppelmann am 28. Juni freigegeben wurde, also fast drei Wochen brauchte, um bis zu uns zu gelangen. Eine erste Analyse dieses Papiers er-gab, daß erstens die wenigen Kostenangaben für Abrüstungs-aufwendungen fast ausschließlich aus dem einseitigen Abrü-stungsbeschluß der Honecker-Regierung resultierten und in-keinem Verhältnis zu den jetzigen und bereits im Juni absehbar gewordenen Forderungen an Abrüstung, Konversion, Umschu-lung usw. stehen. Und zweitens ist die ganze Kalkulation des Mi-nisteriums für Abrüstung und Verteidigung nur zu verstehen - und jetzt komme ich auf den Hintergrund meiner Anfrage an Prof. Walther zurück, leider ist er jetzt nicht im Saal, aber viel-leicht können seine Kollegen ihm das dann mitteilen -, wenn man von einer nahezu unveränderten Fortexistenz der NVA für die nächsten Jahre ausgeht.

Da muß sich die DSU entscheiden. Wenn sie dagegen ist, daß die NVA nahezu unverändert fortexistiert, dann kann sie diesen Haushaltsplan eigentlich so nicht mittragen. Die hohen Beschaf-fungskosten sind nur erklärbar, wenn man im Hinterkopf hat, daß Rainer Eppelmann am 2. Mai dieses Jahres ein Entwick-lungsprogramm für eine 110 000 Mann starke Armee bis 1993 ver-kündet hat. Das ist ein Entwicklungsprogramm, das wesentliche Modernisierung und Kampfwertsteigerung enthielt und weder abrüstungsfreundlich noch ökonomisch haltbar war.

Unsere Fraktion denkt dennoch, daß es aus Verantwortung für die Menschen in Uniform sowie die von der Existenz der Streit-kräfte abhängigen Bürger und Bürgerinnen unsozial wäre, Teil 14 des Haushaltsplanes im Block abzulehnen. Das mindeste, was aus unserer Sicht geschehen muß, ist, daß als erstes diese